

1.Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

4.Juni 1949.

Das Schicksal der politischen Flüchtlinge.Österreich bekennt sich zum Asylrecht.286/A.B.Anfragebeantwortung

zu 342/J

In Beantwortung einer Anfrage der Bggl. W i d m a y e r und Genossen, betreffend die Überstellung von Flüchtlingen aus der Tschechoslowakei durch Organe der Gendarmerie an die russische Bezirkskommandantur in Mistelbach, teilt Bundesminister für Inneres H e l m e r mit:

"Ich bekenne mich persönlich und als Innenminister der Republik Österreich zu dem bisher in der gesamten Kulturwelt respektierten Grundsatz des Asylrechtes für politische Flüchtlinge. Ich habe daher die österreichischen Sicherheitsbehörden im vollen Bewußtsein meiner Verantwortung angewiesen, Personen, die die österreichische Grenze, sei es auch ohne entsprechende Reisepapiere, überschritten haben, um einer Verfolgung wegen ihrer politischen Gesinnung in ihrem Heimatlande zu entgehen, das Asyl auf österreichischem Staatsgebiete zu gewähren.

Ich habe weiters verfügt, daß die nach dem Gesetze für unbefugten Grenzübertritt vorgeschriebenen Strafen in solchen Fällen im geringstmöglichen Ausmaße zu halten sind.

Ich habe schließlich die österreichischen Sicherheitsorgane unterrichten lassen, daß grundsätzlich die Rücküberstellung von Ausländern in ihr Herkunftsland nach österreichischem und internationalem Recht nur im Zuge eines regelrechten Auslieferungsverfahrens durch die Justizbehörden oder im durch zwischenstaatliche Vereinbarung geregelten Verfahren erfolgen darf.

Zu meinem Bedauern muß ich feststellen, daß diese meine Anordnungen nicht verhindern können, daß tatsächlich politische Flüchtlinge aus Österreich in ihre Herkunftsstaaten zurückgestellt werden. Es haben nämlich die sowjetischen Bezirkskommandanturen, und zwar nicht nur im Bezirke Mistelbach, sondern in der ganzen sowjetisch besetzten Zone, den Bezirkshauptmannschaften und deren Exekutivorgane unter ihrer persönlichen Verantwortung den strikten Auftrag erteilt, alle Ausländer, die die österreichische Grenze ohne gültige Reisepapiere überschritten haben, diesen sowjetischen Dienststellen vorzuführen, die sich das ausschließliche Entscheidungsrecht über die weiteren Maßnahmen vorbehalten haben.

2.Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

4.Juni 1949.

In der Regel lautet die Entscheidung dahin, daß die Rückstellung in das Herkunftsland zu erfolgen habe. Die sowjetischen Kommandanturen haben die Vorstellungen von österreichischer Seite, daß ein solches Vorgehen dem österreichischen und internationalen Rechte widerspreche, mit dem Hinweis darauf abgetan, daß es sich um einen Befehl der Besatzungsbehörde handle, dessen Nichtbefolgung von der Besatzungsmacht bestraft würde. Nach den mir vorliegenden Berichten wird diese Haltung der Bezirkskommandanturen von den Landeskommandanturen durchaus gedeckt. Auch meine wiederholten persönlichen Vorstellungen bei der zuständigen Abteilung des sowjetischen Elementes blieben erfolglos. Ich konnte bisher lediglich erwirken, daß zu dieser den internationalen Gepflogenheiten ^{widersprechenden} Vorgangsweise seit einiger Zeit wenigstens nicht mehr österreichische Organe herangezogen werden.

Ich werde auch weiterhin keine Gelegenheit vorübergehen lassen, dafür einzutreten, daß Flüchtlinge, die aus politischen Gründen ihr Heimatland verlassen mußten, in Österreich Aufnahme finden, und die gegenteilige Praxis, gegen welche die österreichischen Sicherheitsorgane derzeit nichts auszurichten vermögen, ohne sich selbst der Gefahr auszusetzen, ihre Freiheit zu verlieren, mit meiner vollen Tatkraft abzustellen trachten."

-.-.-.-.-